

Arbeitsblatt des
Stadtrates Bocholt
Entscheidungen
des Stadtrates
von Bürgermeistern
und Räten
des Stadtrates
Bocholt

Volksblatt

Verlag: J. J. J. J.
Bocholt, Borken, 22. und 27.
Hofstr. 1. J. J. J.
Hofstr. 1. J. J. J.
Hofstr. 1. J. J. J.
Hofstr. 1. J. J. J.

Nummer 82

Donnerstag, den 24. März

Jahrgang 1927

Reichsetat und Finanzausgleich.

Die Befestigung des Defizits im Haushaltsplan.
Die Gemeindegemeinschaften.

Die in den letzten Tagen parallel miteinander geführten Verhandlungen über die Bilanzierung des Reichsetats und über den Finanzausgleich sind zu einem gewissen Abschluss gelangt. Zwar geht die Einzelberatung über den Finanzausgleich im Reichstag noch weiter, aber alles Wesentliche ist im Einvernehmen zwischen Regierung und Opposition festgelegt worden, sodass die Abstimmungen, die jetzt in der nächsten Sitzung vorgenommen werden, eigentlich nur noch formelle Bedeutung haben, da ja die Koalition dort über die Mehrzahl der Stimmen verfügt. Die Abstimmungen geben nur noch die Grundlage ab für die Verichterstattung über die Verhandlungen der Reichstagskommission im Plenum. Ob hier freilich alles entsprechend den Wünschen des Reichstags verlaufen wird, ist noch keineswegs gewiss. Es sei nur darauf hingewiesen, dass zu jenen von vollparteilicher Seite noch keine das ganze Kompromiss umfassende Zustimmung vorliegt, dass die Wirtschaftspartei als ein sehr ungewisser Faktor angesehen werden muss und wenn sie mit der Opposition stimmen sollte, nur einige Mitglieder der Koalitionsparteien, deren geschlossenes Eintreten für das Finanzausgleichs-Kompromiss vorausgesetzt, bei den Abstimmungen zu fehlen brauchen, um es zum Scheitern zu bringen. Was die Etablierung anlangt, so werden die Regierungsparteien ihre Vereinbarungen mit der Reichsregierung im Plenum in entsprechenden Anträgen zur Entscheidung bringen; hier besteht wohl kein Grund zu der Befürchtung, dass die Koalition dabei in der Widerständigkeit bleiben könnte. Mit Änderungen von geringerer Bedeutung muss natürlich immer noch gerechnet werden.

Der in mühsamen Verhandlungen gefundene Ausgleich im Reichsetat beruht auf Abstrichen und Höherhaltung der im Entwurf angegebenen Einnahmen. Prägte Dr. Reinhold als Reichsfinanzminister schon das Wort, dass die Reichsfinanzen hart am Defizit vorbestehen, so darf man wohl sagen, dass dies Wort heute als noch weit zutreffender angesehen werden muss. Es braucht sich nicht bloß die eine oder andere Ausgabe wie beispielsweise die Entschädigung der Liquidationsgeschädigten, die nach dem Spruch des Internationalen Schiedsgerichtshofes Sache des Reiches ist und nicht von den Dames-Zahlungen in Abzug gebracht werden kann, als notwendig zu erweisen, dann ist eine Lücke da, für die nichts zum Ausstopfen vorhanden ist. Die Etablierung kann nur insofern befriedigend, als der Reichsfinanzminister bei seinem Worte verbleibt, dass er keine neuen Steuern oder Steuererhöhungen in Vorschlag bringen werde. Daß auch nicht daran gedacht wird, durch Aufnahme von Anleihen eine Deckungsmöglichkeit zu schaffen, entspricht der Forderung, die an eine solide Finanzwirtschaft gestellt werden muß. Denn damit ist es nicht vereinbar, Ausgaben des ordentlichen Etats durch das außerordentliche Deckungsmittel der Anleiheaufnahme auszugleichen. Andererseits erkennt man daran, wie schwer die Bilanzierung des Etats diesmal fällt, daß die von uns wiederholt geäußerten Bedenken gegen den Umfang der vorjährigen Steuererhöhungen durchaus begründet waren. Es liegt uns fern zu bestreiten, daß viele Senkungen für die Wirtschaft dringend erwünscht waren, aber es wäre doch besser gewesen, daß man nicht ganz so weit gegangen wäre, wie es der Fall gewesen ist. Hat sich etwa die Senkung der Umsatzsteuer um ein Viertel Prozent irgendwie in den Preisen geltend gemacht? Und doch machte dieses ein Viertel Prozent für die Reichseinnahmen allerhand aus, während es im Warenumsatz als steuerliche Belastung kaum zur Geltung kam.

Das Bestreben des Reichstags, den Haushalt bis zum 31. März zu erledigen, wird sich nicht erfüllen lassen. Die Aussprache zieht sich länger hin, als man zunächst beabsichtigte. Außerdem muß die Beratung des Reichswirtschaftsrates mit Rücksicht auf den Stapellauf des Kreuzers Königsberg am 26. März, an dem zahlreiche Mitglieder des Reichstages teilnehmen, verschoben werden. Die Reichsregierung wird daher einen Notausfall einbringen, der nach den bisherigen Absichten bis zum 10. April laufen soll. Bis dahin hofft der Reichstag, den Haushalt durch alle drei Lesungen gebracht zu haben.

Finanzausgleich und die Regierungsparteien zum Reichstag hat die neue Fassung des Paragraphen 15 als außerordentlich bedeutungsvoll für die Gemeindefinanzen hervor. Es handelt sich hier bekanntlich um die Gemeindegemeinschaften, deren Wegfall der ursprüngliche Beschluß des internationalen Ausschusses der Regierungsparteien vorsah. Nach der neuen Fassung des Paragraphen 15 werden bloß die auf Wein und Branntwein gelegten Gemeindesteuern aufgehoben, dagegen bleibt die Getränkesteuer für Bier bestehen. Den Finanzberatern der Kommunen wird damit ein Stein vom Herzen gefallen sein; denn die Steuer auf Bier macht für die meisten Gemeinden einen sehr wesentlichen Teil ihrer Einnahmen aus. Sie ist aber nicht überall gleich hoch. Um ein Beispiel anzuführen, sei erwähnt, daß sie sich bisher in Dortmund, der größten deutschen Brauindustrie-Stadt, auf 3,20 M pro Hektol (8%) beläuft. In Münster, um ein anderes Beispiel zu geben, ist die Getränkesteuer nicht so hoch. Dort wird sie auch in anderer Form erhoben, nachdem in Verhandlungen der Stadt mit den Wirten eine Vereinbarung über ein Pauschalzustande gekommen ist, das die Wirte unter sich je nach der Höhe ihres Umsatzes repartieren. Auch das neue Kompromiss sieht keine für alle Gemeinden gleich hohe Besteuerung vor. Dagegen führt es einen Höchstbetrag von 7 Prozent des Herstellerpreises ein und damit für den rheinisch-westfälischen Bezirk ein Systemwechsel. Denn hier wurde bisher die Steuer von den Wirten gefordert, während sie nunmehr von den Brauereien oder dem, der das Bier in die Gemeinde einführt, gezahlt werden soll. Nach den Erläuterungen, die Staatssekretär Dr. Poppe im Reichstag zum Paragraphen 15 gegeben hat, soll der Satz von 7 Prozent des Herstellerpreises im Durchschnitt des Reiches etwa dem von 5 Prozent des Kleinhandelspreises entsprechen. Der Staatssekretär fügte allerdings hinzu, daß sich in einzelnen Ländern, zumal in Norddeutschland, vielleicht eine etwas ungünstigere Lage ergeben könnte. Da die Besteuerung von Wein und Branntwein in Wegfall kommt, wird möglicherweise in Rheinland und Westfalen eine höhere Belastung des Bieres die Folge des Finanzausgleichs sein. Die weitere Folge dürfte dann eine Verteuerung des Bieres sein, die der Biertrinker zu tragen hätte. Denn es muß berücksichtigt werden, daß die Wirte ab 1. Januar schon 2 Mark an Reichssteuer pro Hektoliter tragen, daß sie also seitdem, soweit sie ihre Verkaufspreise nicht erhöhen, unter Verlust arbeiten. Der Paragraph 15 spricht aber nicht nur von der Biersteuer, sondern auch von „Steuererhöhungen

auf anderen Gebieten, insbesondere auf dem Gebiete der Grund- und Gebäudesteuer und Gewerbesteuer.“ Diese Steuererhöhungen sollen die Voraussetzungen dafür sein, daß die Landesregierung die Genehmigung zur Neueinführung oder Erhöhung der örtlichen Biersteuer erteilt. Also nur solche Gemeinden, die bisher keine Biersteuerordnung oder niedrigere Sätze haben, als der Paragraph 15 sie nunmehr vorsieht, sind zu „entsprechenden Steuererhöhungen auf anderen Gebieten“ verpflichtet. Was folgt daraus in der Praxis? Wenn nicht alles täuscht, daß wohl in den Gemeinden, die eine Biersteuerordnung haben, abgesehen von dem erwähnten Systemwechsel alles beim Alten bleiben wird, da ja die Kommunen das größte Interesse daran haben, daß angesichts der gegenüber dem Vorjahre kaum zurückgehenden Ausgaben die bisherigen Einnahmen gesichert bleiben. Wo es eine Gemeindesteuer auf Wein und Branntwein gibt, wird durch den Wegfall dieser Steuer sich ein Einnahmeausfall ergeben, der auf andere Weise wieder wettgemacht werden muß. Ein Abbau der Realsteuern wird sich voraussichtlich kaum ergeben, es sei denn, daß eine Gemeinde, die bisher keine Biersteuer kannte, sich zur Erhebung dieser Steuer entschließt.

Das Fazit ist also folgendes: Die Hüter der Gemeindefinanzen sehen sich von ihrer größten Sorge befreit. Die Brauereien und Wirte, die auf die gänzliche Aufhebung der Gemeindegemeinschaften alle Hoffnung gesetzt haben, fühlen sich enttäuscht. Zugewandte wie Wein, Sekt und Liköre werden von dieser Steuer befreit, die Inhaber der Schnapskneipen, Kellern und Weinstuben haben also allen Grund, sich ins Fäustchen zu laden, dagegen bleibt ein Vollergetränk, wie es hoch das Bier ist, erheblich belastet oder wird sogar höher besteuert. Auf die Gefahr hin, Agenten des Alkoholkapitalismus genannt zu werden, äußern wir die Meinung, daß uns diese Lösung nicht befriedigen kann.

Stresemann an seine Kritiker.

Abgelehnte Misstrauensanträge.

§ Berlin, 23. März.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Lesung des Etats des auswärtigen Amtes. Zunächst beschwert sich Abg. v. Graefe (Völk.) über den Beschluß des Reichstages, sämtlichen Fraktionen in der Gesamtheit die Redezeit einer Fraktion zuzubilligen. Vizepräsident Effer schlägt vor, daß einwörtigen Völkische, Nationalsozialisten und Einheitskommunisten je eine halbe Stunde Redezeit erhalten. Damit ist Abg. v. Graefe einverstanden.

Abg. Dr. Haas (Dem.) fragt die Regierung an, daß sie in der Sache der Saarfrage, wie in der obersteilischen Schlichtung auf einwörtigen Verständnis ein militärisches Wahnsinniges an der Saar scheint uns auch für die Zukunft außerordentlich bedenklich zu sein. Für Deutschland wie für Frankreich ist die Verteidigung so sehr eine Lebensnotwendigkeit, daß eine glückliche Entwicklung dieser Bestrebungen nicht hätte leiden müssen unter einer stärkeren Betonung des deutschen Rechtsstandpunktes. Wir treiben aber keine demagogische Oppositionspolitik und erkennen die Schwierigkeiten, in denen sich der Reichsaussenminister befindet, an. Wenn er Konzeptionen gewährt, so gewiß nur deshalb, weil er seinem Vaterland nützen wollte.

Die Deutschnationalen müssen endlich die Verantwortung für die Politik ihrer Regierung übernehmen.

Es geht nicht an, daß sie im Lande und im Reichstage den starken Mann spielen, im übrigen aber die Politik, die sie öffentlich angehen, im Kabinett ohne jede Einschränkung billigen. Trotzdem wir nie die beständigen Grenzen im Osten als zu Recht bestehend anerkennen, müssen wir uns doch bemühen, durch eine Forderung des Verhältnisses zu Polen eine friedliche Lösung dieser schweren Probleme zu erreichen. Trotz unserer Opposition wünschen wir der Regierung auf dem Gebiete der Außenpolitik große Erfolge und hoffen insbesondere, daß in absehbarer Zeit die Rheinlandräumung erreicht wird.

Abg. v. Dredt (Wirtsch. Verein.) erklärt: Die größte bisherige Oppositionspartei, die Deutschnationalen, sind in der Lage, die Sozialdemokraten sehen die Fortsetzung ihrer eigenen Außenpolitik vor sich. Wir fühlen uns nicht mit dem Ergebnis von Genf. Aber dennoch besteht fast eine Einheitsfront für den Außenminister, denn die sogenannte nationale Opposition der Deutschnationalen hat aufgehört. Die letzte Außenpolitik ist zwangsläufig geworden.

Für die Rheinlandräumung hat Thoiry keine günstige Lage geschaffen. Die französische Regierung hat niemals anerkannt, daß ihr aus dem Gepräch von Thoiry Verpflichtungen erwachsen. Man hätte damals im deutschen Volke nicht so übertriebene Hoffnungen auf die Früchte von Thoiry wecken sollen.

Abg. v. Gumbert (Wahr. Vp.): Die außenpolitische Lage Deutschlands hat sich in den letzten Monaten nicht unmerklich verschlechtert. Es ist ein Unfug, wenn man den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung dafür verantwortlich machen will. In der politischen und in der Saarfrage stand das Recht auf unserer Seite.

Der englisch-russische Gegensatz bedeutet jetzt noch keine Kriegsgefahr, aber Deutschland muß bei jedem Gegensatz unbedingt neutral bleiben und

auf anderen Gebieten, insbesondere auf dem Gebiete der Grund- und Gebäudesteuer und Gewerbesteuer.“ Diese Steuererhöhungen sollen die Voraussetzungen dafür sein, daß die Landesregierung die Genehmigung zur Neueinführung oder Erhöhung der örtlichen Biersteuer erteilt. Also nur solche Gemeinden, die bisher keine Biersteuerordnung oder niedrigere Sätze haben, als der Paragraph 15 sie nunmehr vorsieht, sind zu „entsprechenden Steuererhöhungen auf anderen Gebieten“ verpflichtet. Was folgt daraus in der Praxis? Wenn nicht alles täuscht, daß wohl in den Gemeinden, die eine Biersteuerordnung haben, abgesehen von dem erwähnten Systemwechsel alles beim Alten bleiben wird, da ja die Kommunen das größte Interesse daran haben, daß angesichts der gegenüber dem Vorjahre kaum zurückgehenden Ausgaben die bisherigen Einnahmen gesichert bleiben. Wo es eine Gemeindesteuer auf Wein und Branntwein gibt, wird durch den Wegfall dieser Steuer sich ein Einnahmeausfall ergeben, der auf andere Weise wieder wettgemacht werden muß. Ein Abbau der Realsteuern wird sich voraussichtlich kaum ergeben, es sei denn, daß eine Gemeinde, die bisher keine Biersteuer kannte, sich zur Erhebung dieser Steuer entschließt.

Das Fazit ist also folgendes: Die Hüter der Gemeindefinanzen sehen sich von ihrer größten Sorge befreit. Die Brauereien und Wirte, die auf die gänzliche Aufhebung der Gemeindegemeinschaften alle Hoffnung gesetzt haben, fühlen sich enttäuscht. Zugewandte wie Wein, Sekt und Liköre werden von dieser Steuer befreit, die Inhaber der Schnapskneipen, Kellern und Weinstuben haben also allen Grund, sich ins Fäustchen zu laden, dagegen bleibt ein Vollergetränk, wie es hoch das Bier ist, erheblich belastet oder wird sogar höher besteuert. Auf die Gefahr hin, Agenten des Alkoholkapitalismus genannt zu werden, äußern wir die Meinung, daß uns diese Lösung nicht befriedigen kann.

Stresemann an seine Kritiker.

Abgelehnte Misstrauensanträge.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Lesung des Etats des auswärtigen Amtes. Zunächst beschwert sich Abg. v. Graefe (Völk.) über den Beschluß des Reichstages, sämtlichen Fraktionen in der Gesamtheit die Redezeit einer Fraktion zuzubilligen. Vizepräsident Effer schlägt vor, daß einwörtigen Völkische, Nationalsozialisten und Einheitskommunisten je eine halbe Stunde Redezeit erhalten. Damit ist Abg. v. Graefe einverstanden.

Abg. Dr. Haas (Dem.) fragt die Regierung an, daß sie in der Sache der Saarfrage, wie in der obersteilischen Schlichtung auf einwörtigen Verständnis ein militärisches Wahnsinniges an der Saar scheint uns auch für die Zukunft außerordentlich bedenklich zu sein. Für Deutschland wie für Frankreich ist die Verteidigung so sehr eine Lebensnotwendigkeit, daß eine glückliche Entwicklung dieser Bestrebungen nicht hätte leiden müssen unter einer stärkeren Betonung des deutschen Rechtsstandpunktes. Wir treiben aber keine demagogische Oppositionspolitik und erkennen die Schwierigkeiten, in denen sich der Reichsaussenminister befindet, an. Wenn er Konzeptionen gewährt, so gewiß nur deshalb, weil er seinem Vaterland nützen wollte.

Die Deutschnationalen müssen endlich die Verantwortung für die Politik ihrer Regierung übernehmen.

Es geht nicht an, daß sie im Lande und im Reichstage den starken Mann spielen, im übrigen aber die Politik, die sie öffentlich angehen, im Kabinett ohne jede Einschränkung billigen. Trotzdem wir nie die beständigen Grenzen im Osten als zu Recht bestehend anerkennen, müssen wir uns doch bemühen, durch eine Forderung des Verhältnisses zu Polen eine friedliche Lösung dieser schweren Probleme zu erreichen. Trotz unserer Opposition wünschen wir der Regierung auf dem Gebiete der Außenpolitik große Erfolge und hoffen insbesondere, daß in absehbarer Zeit die Rheinlandräumung erreicht wird.

Abg. v. Dredt (Wirtsch. Verein.) erklärt: Die größte bisherige Oppositionspartei, die Deutschnationalen, sind in der Lage, die Sozialdemokraten sehen die Fortsetzung ihrer eigenen Außenpolitik vor sich. Wir fühlen uns nicht mit dem Ergebnis von Genf. Aber dennoch besteht fast eine Einheitsfront für den Außenminister, denn die sogenannte nationale Opposition der Deutschnationalen hat aufgehört. Die letzte Außenpolitik ist zwangsläufig geworden.

Für die Rheinlandräumung hat Thoiry keine günstige Lage geschaffen. Die französische Regierung hat niemals anerkannt, daß ihr aus dem Gepräch von Thoiry Verpflichtungen erwachsen. Man hätte damals im deutschen Volke nicht so übertriebene Hoffnungen auf die Früchte von Thoiry wecken sollen.

Abg. v. Gumbert (Wahr. Vp.): Die außenpolitische Lage Deutschlands hat sich in den letzten Monaten nicht unmerklich verschlechtert. Es ist ein Unfug, wenn man den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung dafür verantwortlich machen will. In der politischen und in der Saarfrage stand das Recht auf unserer Seite.

Der englisch-russische Gegensatz bedeutet jetzt noch keine Kriegsgefahr, aber Deutschland muß bei jedem Gegensatz unbedingt neutral bleiben und

Dem deutschen Vertreter bei solchen internationalen Verhandlungen darf man nicht zu schwere Fesseln anlegen.

wenn man seine Kraft nicht lähmen will. Dr. Stresemann beschäftigt sich dann mit der Rede des deutschen Vertrauensverhältnisses zwischen den einzelnen Mitgliedern des Kabinetts gefordert habe. Wenn Sie glauben, daß man für internationale Verhandlungen feststehende und klare Verhaltensmaßregeln geben kann, so irren Sie. (Zustimmung.)

Das Vertrauensverhältnis zwischen Außenminister und Kabinett ist an und für sich etwas Selbstverständliches. Die Verantwortung für die Führung solcher Verhandlungen, bei denen die Entscheidung in Stunden wechselt, ist überhaupt mehr als man einer einzelnen Person zumuten kann. Im übrigen, so ruft der Minister ziemlich erregt, ist der Vertreter eines Landes natürlich keine Grammophonplatte, die nur eine bestimmte Melodie wiedergibt. (Heiterkeit und Zustimmung.) Keine Rede kann davon sein, daß Deutschland deshalb in der politischen Frage nachgegeben habe, weil es schon an

die westliche Politik gegen Rußland gebunden sei. Rein sachlich aber muß jeder Vernünftige einsehen, daß die Dauer Deutschland von einem Vollerwerb mit Polen keinen Vorteil hat. Die Ausführungen des Abg. Dr. Dredt über die Wirkungslosigkeit von Thoiry können unsere Situation sehr schädigen. Wir wollen doch festhalten an dem, was damals der Führer der französischen Außenpolitik für möglich und durchführbar hielt. In einem amtlichen Kommuniqué wurde damals dargelegt, daß die beiden Außenminister in Thoiry sich einig geworden seien über eine Gesamtlösung, die nach der Zustimmung der Gesamtsanktion bedürfe. Es bestand kein Zweifel darüber, daß die Basis der deutsch-französischen Verständigung die Rheinlandräumung sein mußte. Nach Thoiry begann nun in Frankreich

ein lebhafter Ansturm der Gegner Briands.

Der Kampf ist dort noch nicht entschieden und von dem weitgehenden Optimismus des französischen Außenministers vom September sind wir zurückgekommen. Aber wir sind doch überzeugt, daß diejenigen schließlich sich durchsetzen werden, die aus Locarno mehr als einen bloßen Rheinpakt machen, die daraus die europäische Verständigung auf der Basis der deutsch-französischen Verständigung wollen. Es bedeutet nicht eine Verschiebung der deutschen Demarche ad calendas graecas, wenn ich Sie bat, mich den Zeitpunkt dafür bestimmen zu lassen.

Zur Abrüstungsfrage muß ich sagen: Locarno wäre ein Unfug, wenn man sich als Friedensstifter bekennt, aber in diesem Deutschland Bajonette auf Bajonette auf. Auch die Davespolitik wäre ohne eine allgemeine Abrüstung auf der Dauer kaum denkbar. Es kommt für die Stärke der deutschen Position weniger darauf an, welche Parteien in der Regierung sitzen, als darauf, daß Regierung und Opposition sich in deutschen Lebensfragen einig sind.

Das Haus nimmt nunmehr die Abstimmungen über den Haushalt des Innern vor.

Abg. Torgler (L.) verlangt bei dieser Gelegenheit noch eine Stellungnahme des Innenministers zur kommunistischen Interpellation wegen der

Vorgänge in Groß-Bistritz.

Es handle sich um den schlimmsten faschistischen Terror. (Großer Lärm im ganzen Haus. Rufe: Schluß! Schluß!) Das Haus lehnt die Verbitung der Interpellation mit den Abstimmungen ab.

Abg. Graefe (L.) beantragt, die Abstimmungen bis zur Beendigung der außenpolitischen Debatte zu verschieben. Auch dieser Antrag wird abgelehnt.

Die von den Kommunisten verlangte Streichung des Ministergehaltes wird abgelehnt, ebenso gegen Sozialdemokraten und Kommunisten das von den Kommunisten beantragte

Misstrauensvotum gegen v. Reudel.

Zu dieser Abstimmung erklärt Abg. Erlesens (Dem.), daß seine Fraktion gegen den Antrag stimme, weil hier erst vor kurzem die Regierung das Vertrauen ausgesprochen erhalten habe, weil sich inzwischen die politischen Verhältnisse nicht geändert hätten und weil keine Veranlassung vorliege, solche Abstimmung in kurzen Zeiträumen zu wiederholen.

Eine Reihe mit dem Etat verbundener Anträge wird den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Der Haushalt selbst wird in der vom Haushaltsausschuß vorgeschlagenen Form angenommen. Der Ausschuß hat Erhöhungen vorgenommen u. a. zur Förderung von Wissenschaft und Kunst von 1,2 auf 1,7 Millionen, von kulturellen gemeinnützigen Vereinigungen von 0,5 auf 1 Million, für die monumenta Germaniae historica von 40.000 auf 68.000, für Turnen und Sportwesen (Jugendberufshilfe) von 1 auf 1,5 Millionen, für die Kaiser Wilhelm-Gesellschaft von 0,9 auf 1,1 Millionen, für Turnfeste von 0,5 auf 0,9 und zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuchen von 0,5 auf 1,2 Millionen. Neu eingeführt hat der Ausschuß u. a. 2,5 Millionen für die Jungferner und 215.000 Mark für das Haus des Deutschen in Stuttgart.

Darauf wird die Aussprache über den Haushalt des auswärtigen Amtes fortgesetzt.

Abg. Graf Reventlow (Nat.-Soz.) bezeichnet das Ergebnis der Genfer Verhandlungen als einen neuen Beweis dafür, daß die deutsche Außenpolitik falsche Methoden anwendet. Wenn eine bewaffnete Macht den

Durchmarsch ihrer Truppen durch Deutschland will, werde sie sich wenig um die deutsche Auslegung und um deutsche Verwahrungen kümmern. Der deutsche Außenminister hat den Nobelpreis angenommen. Nach Art. 15 des deutschen Beamtengesetzes dürfen Beamten Geschenke und Belohnungen nur mit Bewilligung der Vorgesetzten annehmen. Ich frage, ob das Kabinett als Vorgesetzter des Ministers die Annahme des Nobelpreises

gebilligt hat. Die Annahme ist kennzeichnend für die neue deutsche Politik, deren Leitwort ist: Selbst, Selbst über alles!

Abg. v. Graefe (L.): Der große Aufstand am Geld und Beamten im auswärtigen Amt habe in keinem Ver-

Wahrscheinlich zu den Leistungen. Dr. Stresemann habe sich in demselben Sinne geäußert, daß er sich von dem deutschen Volk für die schwere Opfer verlangt als Preis für die Abkehr von der Reichsregierung.

Der Antrag der Reichsregierung wird gegen die Anträge der Sozialdemokraten abgelehnt. Vor der Abstimmung über das kommunistische Mißtrauensvotum gegen den Außenminister Dr. Stresemann erklärte Abg. Dr. Breitscheid (Soz.), daß die Sozialdemokraten sich der Stimme enthalten würden. Sie bestreiten kein Mißtrauen gegen den Minister, würden aber die Verantwortung für die Regierungspolitik der Regierungsparteien überlassen. Der Mißtrauensantrag wird gegen die Kommunisten und Sozialisten abgelehnt. Der Etat wird nach den Ausschussvorschlüssen bewilligt.

Es folgt die 2. Beratung des Haushalts des Reichsverkehrsministeriums. Reichsverkehrsminister Dr. Koch geht auf die Pläne zum Ausbau der deutschen Wasserstraßen ein. Es ist beabsichtigt, hier die Kollision mit dem Schlagwort zu führen:

„Die Eisenbahn! Die Kanal!“

Selbstverständlich hat die Eisenbahn als Verkehrsmittel die überragende Bedeutung. Aber es muß auch nach dem geprüften werden, wo der Ausbau der Wasserstraßen volkswirtschaftlich geboten erscheint. Wenn der Ausbau der Wasserstraßen den Ausbau des Schiffsverkehrs des Mittel- und Ostsees fördern kann, so bedeutet das nicht die Ablehnung dieses Baues. Die Regierung fordert vielmehr weitere Vorarbeiten für den gleichmäßigen Ausbau aller Teile des Mittel- und Ostsees. Es sind für die Bauarbeiten 12 Millionen, für den nötigen Grunderwerb 2 Millionen angegeben. Der Minister geht dann auf das Straßennetz ein und erklärt, er werde bemüht sein, die Einbürgerung des Kraftfahrzeuges nach Kräften zu fördern. Einbehaltene Vorschriften für den gesamten Straßenverkehr seien notwendig, ebenso für den Verkehr der Kraftfahrzeuge. Die Arbeiten zur Neugestaltung der Kraftfahrzeuge werden in Angriff genommen werden, sobald eine vom Reichsverband der deutschen Automobilindustrie in Aussicht gestellte Denkschrift vorliegt. Im Eisenbahnwesen habe das Verhältnis zwischen Regierung und Reichsbahngesellschaft sich erfreulich gebessert. Die Regierung wird ihren Einfluß auf die Gesellschaft so umfassend gestalten, wie es mit den Bestimmungen des Reichsbahngesetzes vereinbar ist. Finanzmäßig wird sich aus dem letzten Wirtschaftsjahr voraussichtlich ein, wenn auch nicht hoher Ueberschuß ergeben. Der Vorwurf, daß die Reichsbahngesellschaft, die Reichsrenten für Bauarbeiten und Arbeitsbeschäftigung nicht in befriedigendem Umfang verwendet habe, sei unbegründet. Im 6. Teil wird die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt.

Die Ruhestörungen in Berlin.

Preussischer Landtag.

Berlin, 23. März (Eig. Drahtber.)

In der Mittwochs-Sitzung des Preussischen Landtages nahm der Innenminister Erzberger Gelegenheit, sich mit der Entscheidung der Reichsregierung gegen die Störungen der öffentlichen Ordnung zu wenden, die in der letzten Zeit wieder in bedrohlichem Maße zunehmen. Er betonte sehr zutreffend, daß diese wilden Exzesse nicht als ein Ausfluß eines Kollaps- und Straßenzusammenbruchs seien; gegen diese Landfriedensverbrecher müsse mit der ganzen Strenge des Strafgesetzes vorgegangen werden.

Den unmittelbaren Anlaß zu diesen bemerkenswerten programmatischen Erklärungen des Preussischen Innenministers boten die kommunistischen Ausschreitungen am Dienstagabend in Berlin. Die rabiaten Demonstrationen hatten die Polizei mit Steinen beworfen und mit Waffen bedroht, sodaß die berufenen Hüter der Ordnung von ihren Schutzwaffen Gebrauch machen mußten. An einzelnen Stellen kam es zu regelrechten Feuergefechten, bei denen zahlreiche Personen, darunter auch vollkommen unbeteiligte Passanten, verletzt wurden. Sogar der sozialdemokratische „Vorwärts“ steht sich gezwungen, gegen die Störenfriede scharf vom Leber zu sprechen. Er schreibt nämlich in seiner Mittwoch-Abendausgabe:

„Die kommunistischen Demonstrationen wandten sich in ganz sinnloser Weise gegen Polizei und Straßengewalt. Auf jeden Fall muß etwas geschehen, um diesen ständischen Zuständen, welche die abendlichen Straßen Berlins zur Bühne wilder Kämpfe machen, ein Ende zu bereiten.“

Es ist in der Tat an der Zeit, daß seitens der berufenen Instanzen außerordentliche Anordnungen getroffen werden, um die persönliche Sicherheit des Publikums für die Zukunft besser zu schützen. Die Rede des preussischen Innenministers im Landtag läßt hoffen, daß auch wirklich energisch durchgegriffen wird.

Sitzungsbericht.

Berlin, 23. März.

Ein Antrag des Abg. Schwenk (Komm.), mit der Beratung des Innenministeriums auch die kommunistische Frage wegen der seinerzeit beschlossenen Wiedereinführung des jetzigen Reichsinnenministeriums Herrn von Reubell in den preussischen Staatsdienst zu verbinden, findet Annahme.

Es folgt die erste Lesung des Initiativgesetzentwurfes der Regierungsparteien über die Abänderung des Grundvermögenssteuergesetzes. Diese Novelle bringt eine Verlängerung der bisherigen Bestimmungen bis zum 31. März 1928 und außerdem neue Sätze für die Besteuerung der Landwirtschaft.

Der Initiativgesetzentwurf geht an den Hauptausgangspunkt.

Es folgt die zweite Beratung des Haushalts des Innenministeriums. Die allgemeine Aussprache wurde eingeleitet durch eine Rede des Innenministers Erzberger. Der Minister kam zunächst zu sprechen auf seine Ausführungen in der Denkschrift über

Waldung und Olympia.

In der zur Wärdigung der Glaubwürdigkeit Erzberger auf das Mißtrauensvotum hingewiesen worden war, daß nur auf Grund der Annahme eingeleitet worden sei. Erzberger habe daraufhin Sitzungsantrag gestellt wegen Verletzung der eigenen Gerechtigkeit. Der Minister hat mit Recht von der erwiesenen Anwesenheit in der Denkschrift gesprochen. Der Staatsanwalt habe auf die Angelegenheit der Verleumdung nicht Stellung genommen und die Erhebung der öffentlichen Anklage abgelehnt mit dem Hinweis, daß die als Verleumdung angelegene Verurteilung unter dem Schutz des § 193 Str. G. B. falle. Hieraus ging der Minister auf

die erheblichen Störungen der Ruhe und Ordnung, die die letzten Tage gebracht haben, ein. Er erklärte dazu: Im Gegensatz zu den verschiedenen Ruhestörungen der verflochtenen Zeit, die sich meistens zugleich gegen die Fundamente des heutigen Staat-

Das Kompromiß in der Arbeitszeitfrage.

Einstimmige Billigung durch die Reichsregierung.

Berlin, 23. März.

Das im Interfraktionellen Ausschuss der Regierungsparteien zustande gekommene Kompromiß in der Frage der Arbeitszeit wird in der Reichsregierung einstimmig billigt. Der Entwurf des Gesetzes, den der Abg. Thiel (D. Vpt.) gemacht hat. Danach wird in den § 10 eine Bestimmung aufgenommen, die die Leistung von Mehrarbeit duldet, wenn die Unterbrechung der Arbeit schwerwiegende Nachteile im Gefolge haben würde. Weiter wird in § 12 die Frage der Saisonarbeit geregelt werden, und zwar in dem Sinne, daß in den wichtigsten Arbeitszweigen, in denen die achtstündige Arbeitszeit während eines Teils des Jahres nicht erreicht wird, in anderen Jahreszeiten, in denen besondere Anforderungen gestellt werden, die Arbeitszeit überschritten werden kann.

Die einzelnen Bestimmungen sollen hier dem Reichsarbeitsminister überlassen werden. Auf der anderen Seite wird die Bestimmung in das Gesetz aufgenommen werden, daß für jede Mehrarbeit ein Lohnzuschlag bewilligt werden muß. Man wird es den vertragschließenden Parteien überlassen, in welcher Höhe der Zuschlag festgesetzt wird. Wird keine tarifliche oder sonstige Vertragsabmachung erzielt, so soll ein angemessener Zuschlag in Kraft treten. Als solcher gilt ein Zuschlag von 25 v. H. der Arbeitslohn.

Das Reichsministerium beriet heute erneut die Frage des Gesetzes über die Regelung der Arbeitszeit. Er erklärte sich einstimmig mit dem von den Regierungsparteien in der ursprünglichen Vorlage vorgenommenen Änderungen einverstanden, die eine Ergänzung im Sinne der Weiterleitung der Denkschrift an den Reichsrat. Dieser wird am Mittwoch oder Donnerstag den Entwurf voraussichtlich in der abgeänderten Form verabschieden, sobald das Gesetz in der neuen Form an den Reichstag gehen wird.

Nach den Informationen unserer Berliner Redaktion steht der Entwurf des Arbeitszeitgesetzes nunmehr folgendermaßen aus:

Dem § 6 wird wahrscheinlich ein neuer Absatz 3 zugefügt: Wird die Arbeitszeit tarifvertraglich bestimmt, so ist der Tarifvertrag nicht mehr als drei Monaten abgelaufen, so darf die in Absatz 1 bezeichnete Arbeitszeit nicht länger als drei Wochen überschritten werden, als nach dem Tarifvertrag zulässig gewesen wäre.

Es richteten, haben erfreulicherweise diese Störungen eine solche Bedeutung nicht. Ich kann feststellen, daß die deutsche Republik in jeder Weise gefestigt dastehen, und daß die Machtmittel des Staates stark genug sind, Ausschreitungen zu unterdrücken und sie fast unmöglich zu machen. Sie ganz unmöglich zu machen, kann ich nicht in Aussicht stellen. Man kann nicht an jede Straßenecke und hinter jedes Haus einen Polizeibeamten aufstellen (Zurufe bei den Komm.).

Jedenfalls müssen Vorgesetzte, die im Rahmen des Möglichen nicht die ganze Staatsmacht einsetzen, um Störungen zu unterdrücken, wegen Unachtsamkeit und Unfähigkeit entfernt werden, wie es der Polizeipräsident von Berlin ja auch schnell und rücksichtslos getan hat. Der Polizeibeamte wird in Ausübung seiner Dienstpflicht von mir in jeder Weise geschützt werden. Es ist für ihn eine zwingende Notwendigkeit, auch im Falle der Gefahr von der Waffe Gebrauch zu machen. Ich kann solchen Störungen der öffentlichen Ordnung in den überlebten Tagen nicht anders begegnen als einen Ausfluß von Straßenunwesen und ich habe den dringenden Wunsch, daß die Polizeibehörden die gefährlichen Landfriedensverbrecher ohne Rücksicht auf die ganze Strenge unserer Strafgesetze endlich fassen (Beifall bei den Regierungsparteien). Andererseits darf man bei den Kommunisten nicht die Absicht haben, die sich zum Ziele setzen sollten, durch Terrorakte in die verfassungsmäßigen Rechte anderer einzumischen, welche die Staatsverfassung abtötet nicht gebühren wollen, zur Aufhebung bringen (Zurufe bei den Nationalsozialistischen Arbeiterpartei in nächster Zeit die allergrößte Aufmerksamkeit zuwenden die Absicht hat, durch bewaffnete Straßentruppen die Kundgebungen anderer zu führen. Der Polizeipräsident von Berlin hat zwei Verurteilungen der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei auf Beweise hin untersucht. In einer Verurteilung ist festgestellt worden, was Sie unten auf den Tisch des Hauses vorbrachten. Der Minister verwies auf eine Tafel, auf der eine ganze Anzahl von Waffen u. a. Revolver, Dolche, Schlangen und Todtschläger angeordnet sind und die von den Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion demonstriert hoch gehalten wurden.

Der Parteiführerband ist in letzter Zeit hervorragend an Ueberfällen beteiligt. Derartige Organisationen müssen der Auflösung verfallen.

Ich denke gänzlich daran, das Stöckverbot aufzuheben. (Zurufe auf bei den Regierungsparteien.) Der Mut der Leute, andere zu überfallen, steigt mit der Stärke ihrer Bewaffnung, und wenn ich ihnen die Waffen wegnehme, so schreie ich sie selbst und die anderen und das scheint mir Aufgabe der Staatsverwaltung zu sein. (Beifall bei den Regierungsparteien.) Es ist auch notwendig, daß die Parteien von den Ruhestörungen ganz ernstlich abzurufen. Es ist an mich das Ersuchen gestellt worden, den Staatsfriedhof in Berlin zu verbieten.

Ich tue das nicht aus meiner Grundeinstellung heraus. Ich kann aber die Veranlassung nicht dringlich genug warnen, alles zu vermeiden, was als eine Provokation angesehen werden könnte. Ich darf bitten, in dieser meiner Mahnung die Polizei nicht allein zu lassen. Dann werden solche Zustände, die unwürdig sind, überwunden werden können und in Zukunft unmöglich sein. (Beifall in der Mitte, Zurufe bei den Kommunisten.)

In der allgemeinen Aussprache spricht Abg. Suber (S.) dem früheren Minister den Dank dafür aus, daß er so außerordentlich viel zur Konfliktlösung des Gesetzes beigetragen habe. Soffentlich wird der letzte Minister die Befehle der Republik in gleicher Weise wahrnehmen.

Abg. Dr. Schmieding (S.) dankt ebenfalls dem früheren Innenminister Erzberger für seine Tätigkeit. Er befragte auch den Staatsminister, ob jeder politische Beamte verpflichtet sei, den Staatsgedanken zu vertreten.

Der bisherige Absatz 3 des § 6 wird Absatz 4. Hinter dem § 6 wird neuer § 1a eingefügt. Er lautet: „Der Arbeitnehmer, also Angestellte und Arbeiter, mit Ausnahme der Seefahrt, hat Anspruch auf eine angemessene Vergütung über den Lohn hinaus. Als angemessene Vergütung gilt ein Zuschlag von 25 Prozent, falls die Bestimmung eine andere Regelung nicht vereinbart. Im Streitfall entscheidet bindend der Schlichter. Zur Mehrarbeit vereinbart der Arbeitgeber mit dem Arbeitnehmer eine tarifvertragliche oder sonstige Abmachung, so gelten die Vorschriften der Absätze 1 und 2 nach Ablauf des Tarifvertrages oder der Genehmigung, spätestens jedoch vom 1. Juni 1927 ab.“

§ 9 Absatz 1 soll folgende Fassung erhalten: Die Arbeitszeit darf bei Anwendung der den §§ 3 bis 7 bezeichneten Ausnahmen 10 Stunden täglich nicht überschreiten; eine Ueberschreitung ist nur in Ausnahmefällen aus dringenden Gründen des Gemeinwohls mit befristeter Genehmigung zulässig und wenn es sich um Vorbereitung- und Erklärungsarbeiten handelt, bei denen eine Vertretung der Arbeitnehmer durch andere Arbeitnehmer des Betriebes nicht möglich ist und die Veranlassung fremder Arbeitnehmer der Arbeitgeber nicht zugemutet werden kann. Was als Vorbereitung- und Erklärungsarbeiten anzusehen ist, bestimmt der Reichsarbeitsminister nach Anhörung der vertragschließenden Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

§ 10 lautet folgendermaßen: Die nach dieser Verordnung festgesetzten Beschränkungen der Arbeitszeit finden keine Anwendung bei Arbeiten in Kesseln und in anderen außerordentlichen Fällen, die unabhängig vom Willen der Beteiligten eintreten und nicht auf andere Weise zu beseitigen sind, besonders wenn Rohstoffe oder Lebensmittel zu verderben drohen oder wenn ein Arbeitsergebnis zu geringe Zahl von Arbeitnehmern an einzelnen Tagen das Ergebnis der Arbeit gefährden oder einen unüberwältigbaren Schaden verursachen oder einen anderen Schaden verursachen können, wenn der Arbeitgeber andere Vorkehrungen nicht zugemutet werden können.

Am Mittwoch nachmittag 3 Uhr fand wie unsere Berliner Redaktion weiter meldet, wiederum eine interfraktionelle Besprechung statt, die noch die letzten kleinen Differenzen aus dem Wege räumen sollte.

Ueber das Ergebnis der Verhandlung wird tieferes Schweigen bewahrt. Wie wir indessen aus guter Quelle erfahren, wollen sich die parlamentarischen Vertreter des Mittelstandes mit den getroffenen Vereinbarungen nicht abfinden. Es besteht jedoch begründete Aussicht, daß binnen kürzester Frist die heisse Angelegenheit der Arbeitszeit in einen gescheitlichen Rahmen gefaßt sein wird. Neue Kämpfe werden allerdings entbrennen, sobald das endgültige Arbeitszeitgesetz zur Diskussion gestellt werden wird.

Bei der Verwaltungsreform

würde das Zentrum für die Befestigung der Werten der Ober- und Regierungsparteien nicht zu haben sein. Auch eine Zusammenlegung von Preisen würde im allgemeinen abgelehnt sein. Die Aufgaben, die nicht unbedingt vom Staat zu erfüllen sind, müßten zur Leistung des Privats der Selbstverwaltung vom Staat abgeben werden. Die Beamten müßten den Staat verlassen und die Staatsgelder von all denen bestritten werden, die Führer des Volkes sind oder werden wollen. Dann könnte man mit Ruhe der Zukunft entgegensehen. (Beifall im Zentrum.) Abg. Baedeker (D. Nat.) erklärt: Minister Severing hat selbst seine Zeit

Die Wahrung der alten Farben in einem besonderen Erlass empfohlen. Schwarz-weißrot ist ebenfalls so durch die Verfassung geschützt wie schwarz-rot-gold. Die Deutschnationalen haben versprochen, die Republik zu schützen gegen Verunsicherungen und gegen rechtsradikale Angriffe. Niemals aber ist von ihnen verlangt worden, ihre Uebersetzung zu unterdrücken, daß sie nach wie vor die Monarchie für die beste Staatsform halten.

Der neue Herr im preussischen Innenministerium zeigt sich nach Abschlüssen und offenbar als sozialdemokratischer Parteimitglied als sein Vorgänger. Abg. Dr. Richter (D. Vpt.) hofft, daß das politische Zusammenarbeiten zwischen Reich und Preußen sich reibungslos gestalten möge, als es nach den Reden der großen Regierungsparteien im Reich und in Preußen scheitern will. Nachdem im Reich eine Rechtsregierung angelegt ist, werden die Auffassungen, die die Deutsche Volkspartei über Staatsform und Verfassung habe, auch von Sozialdemokraten und Demokraten nicht mehr viel früher angefochten werden dürfen. Es dürfte nicht vor kommen, daß ein Beamter durch Spitzeltaten sich beim Minister lieb und macht. Ein Denunziant sei immer der größte Schutz im Land (Zurufe bei den Nationalen). Der Minister erhebt sich und wendet sich mit langen Zwischenrufen gegen den Redner, der sich eine so lange Unterbrechung seiner Rede verbittet. Auf der linken und rechten Seite des Hauses ist

große Erregung

entstanden. Abg. Meier (Soz.) ruft zum Redner hinan: „Sie haben als Minister auch Zwischenrufe gemacht.“ Abg. Semmler (Dm.) droht unter stürmischen Zurufen der Rechten dem Minister:

Ich stehe auf den Landtag!

Der Minister sitzt mit übergeschlagenen Armen ruhig da und endlich stellt der Präsident die Ruhe wieder her. Der Redner fährt fort, dem Staat werde besser gedient durch großzügige Einstellung zum Beamtentum als durch Kleinliche Personalpolitik.

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Donnerstag 12 Uhr.

Der französische Abrüstungsvorschlag

Genf, 22. März.

Kaum hatte der Vertreter Deutschlands im Vorbereitungsausschuss für die Abrüstungskonferenz die Hoffnung ausgesprochen, daß man eine wirkliche Satisfaktion anstrebe, als auch schon Frankreich diese Hoffnung wie überhaupt, so auch man bestärken, jede Lösung auf eine Abrüstung durch die Veroffentlichung des getrennt angelegten französischen Abrüstungsentwurfs verweigerte. Denn das muß sofort festgestellt werden, der Abrüstungsentwurf von Paul Boncour, der in sieben Kapiteln mit 30 Artikeln und zahlreichen Tabellen den Entwurf der Vorbereitungsausschusses und auch der Abrüstungskonferenz selbst ist, ist auf den ersten Blick wie eine Satisfaktion. Man kann von seinen Verfassern sagen, daß sie seit einem Jahre nichts gelernt haben. Wie von einer stillen Gruppe im Vorbereitungsausschuss,

darunter Deutschland, die Vereinigten Staaten und England, abgelehnten bekannten französischen extremen Forderungen stehen hier unverändert zu neuem Leben auf. Die wichtigsten Gegenforderungen der Unterbrechung sind allzu umfangreich worden, als hätte man monatelang überhaupt nicht darüber beratschlagt. Der französische Abrüstungsentwurf baut sich auf folgenden unmöglichen Grundfragen auf:

1. Die Beschränkung erstreckt sich nur auf die Mannschaften unter den Waffen, nicht auf die ausgebildeten Reserven, dafür aber auf alle angeblich militärisch organisierten Formationen, selbst harmlose Verbände, Zollbeamte und dergleichen;

2. das gelagerte Material wird überhaupt nicht berücksichtigt und kann höchstens auf dem Umlauf über die Beschränkung des Heereshaushalts ganz unzulänglich gelöst werden. Die Beschränkung des Heereshaushalts spielt übrigens entgegen dem Standpunkt zahlreicher Mächte im Vorbereitungsausschuss die Hauptrolle in dem französischen Plan;

3. Die Beschränkung der Luftschiffahrt begreift die Handelsluftschiffahrt ein, und die Beschränkung der Seeflotte soll, entgegen dem amerikanischen und dem englischen Standpunkt, nach der Gesamtonnage vorgenommen werden mit völliger Freiheit der Verwendung der ausgebildeten Tonnage innerhalb der Einzelschiffklassen. Die Ueberschneidung über die Abrüstungsmaßnahmen soll durch einen ständigen Abrüstungsausschuss ausgeführt werden, in dem außer den Nationalitäten Amerika, England und vielleicht noch andre, von der Abrüstungskonferenz zu bezeichnende Staaten sitzen. Dieser Ausschuss ist für drei Fragen zuständig:

a) Er prüft die jährlich im Völkerbundsekretariat von den Vertragsmächten einzureichenden Listen über den Abrüstungsstand und die Heeresausgaben;

b) er kann dem Völkerbundrat, der auf Grund des Artikels 8 des Vates einstimmig darüber zu befinden hat, Bericht erlangen, wenn ein Staat aus bestimmten Gründen seine Sicherheit für gefährdet hält und deshalb die für ihn geltenden Abrüstungsbestimmungen ändern, d. h. eine Aufzückung vornehmen will;

c) der Ausschuss kann Untersuchungen auf dem Gebiet eines Staates vornehmen, die dieser Staat binnen zwei Monaten, ein solches Untersuchungsrecht an Ort und Stelle ist aber nicht für jeden Fall der Vertragsverletzung ohne weiteres vorgesehen, sondern nur, wenn ein Staat seinen eigenen Wunsch nach Änderung seines Abrüstungsstandes mit einer anderen Vertragsverletzung begründet.

Barum diese Erwägung? Man erkennt den Grund sofort, wenn man Artikel 29 des Entwurfs liest: Er lautet, daß das neue Abrüstungsabkommen nicht die früheren Verträge über Abrüstungsbeschränkungen, also die Friedensverträge, außer Kraft setzt. Die Lage, die Paul Boncour also anstrebt, wäre folgende: Deutschland und die anderen ehemaligen Zentralmächte dürfen niemals erklären, daß ihre Sicherheit bedroht ist und sie eine Änderung ihres Abrüstungsstandes anstreben, weil etwa Frankreich, Rumänien oder die Tschechoslowakei Abrüstungsabkommen verletzt haben. Deutschland wird niemals, wenn es nach dem Plan des Herrn Paul Boncour geht, den Mechanismus des Abrüstungsausschusses zum Zweck einer Untersuchung auf dem Gebiet in Bewegung setzen können. Das ist das Pulverfass. Frankreich geht einmal mit der großartigen Idee nach Genf, daß es weitgehend auf seinem eigenen Boden Kontrolluntersuchungen an Bordansetzungen, die im selben Vertrag Deutschland als sofort unmöglich gemacht werden. Diese Einzelheit ist charakteristisch für das System und den Geist dieses ganzen angeblichen Entwurfs eines Abrüstungsabkommens.

Genf, 23. März. Die heutige Nachmittags-Sitzung der vorbereitenden Abrüstungskonferenz beschloß die Fortsetzung der allgemeinen Debatte über die grundsätzlichen Abrüstungsfragen. Dabei bemerkte der rumänische Delegierte, daß sowohl der englische wie der französische Abrüstungsentwurf der besonderen Lage der Nachbarstaaten sowjetrusslands nicht gerecht werden würde. Paul Boncour begründete den französischen Konventionentwurf, der besondere Bedeutung dadurch habe, daß er auch internationale Sicherheitsgarantien schaffe. Nach seiner Ansicht könnten die aktiven Militärbündnisse nicht unter die Abrüstung fallen, da sie nur kontrollierbar seien. Das sei für die Kriegsfreizeit unmöglich. Besonders bemerkenswert waren Paul Boncours Ausführungen darin, daß er den bisher von Frankreich vertretenen Begriff des potentiell de guerre fallen ließ. Die Reserven seien dem potentiell de guerre zuzurechnen und müßten daher außerhalb der Abrüstung stehen. Das von Frankreich gewünschte internationale Kontrollorgan, der Hauptgrundlag der künftigen Abrüstungskonvention, müsse den Völkerbundrat sein, über alle militärische Bewegung in einem Staat unterrichten. Der Rat müsse dann von sich aus jede Truppenvermehrung wieder auf den normalen Stand zurückzuführen lassen. In diesem Kontrollorgan der künftigen Abrüstungskonvention könnten auch Vertreter Amerikas sitzen, trotzdem die Vereinigten Staaten nicht Mitglied des Völkerbundes seien. Die in dem französischen Entwurf vorgesehene freiwillige Form der Kontrolle durch die ständige Abrüstungskommission sei grundsätzlich anders zu bewerten als die Kontrolle des Legations über den Besiegten. Hier handelte es sich um eine Kontrollform gegenseitiger Natur. Paul Boncour betonte zum Schluß, daß seine Delegation unter keinen Umständen auf den Gedanken einer internationalen Kontrolle verzichten könne.

In der morgigen Sitzung dürften die Delegierten Englands, Italiens, Schwedens und Chinas zu den Konventionentwürfen Stellung nehmen.

In unterrichtigen Kreisen ist man der Ansicht, daß der englische und der französische Konventionentwurf im gegenwärtigen Zustand so grundsätzliche Verbesserungen aufweisen, die eine Einigung als wenig wahrscheinlich erscheinen lassen, da die von Frankreich verlangte internationale Kontrolle von Amerika, England und Italien kategorisch abgelehnt wird.

Furchtbares Autounglück.

7 Tote und 18 Schwerverletzte.

Rudowa, 23. März. Ein Lastauto, das 70 Arbeiter von der Arbeitsstätte nach Hause beförderte, fuhr heute früh auf der Chaussee zwischen Rudowa-Siedlitz und Gellau in eine Schlucht und begrub sämtliche Insassen unter sich. Bis zur Stunde konnten sieben Tote und achtzehn Schwerverletzte geborgen werden.

Das Unglück ereignete sich in einer tiefen Schlucht. Aus bisher unaufgeklärten Gründen ist plötzlich die Reite des Lastautos, die Bremse versagte und der Wagen raste mit unheimlicher Geschwindigkeit rückwärts bergab, knickte an einer Brücke das Gefährt um und stürzte von der Brücke herab in die Schlucht.

Klerge, Sanitätskolonnen und Feuerwehren waren bald zur Stelle. Der Chauffeur des Automobils ist verstorben. Man nimmt an, daß er über die nahe Grenze gestiegen ist. Es handelt sich um Arbeiter der mechanischen Weberei Christian Dierig in Rudowa-Siedlitz.

Einberufung

Berlin, 23. März.

Reichsdienst ist 4 Uhr einberufen.

Dividende be-

Berlin, 23. März.

händler und Koll-

lung vorzuschla-

trages ergeben-

markt eine Divi-

vertellen, dem

Reichsamt, ein

Reichsamt zus-

neue Rechnung

damit auf 50

110 Millionen

Der 23.

Die Stimmung

dem Bericht der

handel, am An-

fuhrer Liquidatio-

schwach. Das Ge-

wohle in der in-

eingeschränkt we-

breite drückende

Tendenz zeigte

schnell konnten

übrigen Tage bi-

Sin und Her de

Preise.

Die Nachfrag

und England in

gen Wochen fer-

nend einer neu-

lien hat die Ter-

station zu leide-

sof kleiner ausse-

auf diesen Umf-

Indiens von der

Chinas zurückzu-

Der letzte W

Singapore vom 16.

brechung der Ne-

denz wird aus

Bremen: Baumw

23. März.

23. März.

23. März.

23. März.

23. März.

23. März.

23. März.

23. März.

23. März.

23. März.

23. März.

23. März.

23. März.

23. März.

23. März.

23. März.

23. März.

23. März.

23. März.

23. März.

23. März.

23. März.

23. März.

23. März.

23. März.

23. März.

23. März.

23. März.

23. März.

23. März.

23. März.

23. März.

23. März.

23. März.

23. März.

23. März.

23. März.

23. März.

23. März.

23. März.

23. März.

23. März.

23. März.

23. März.

23. März.

23. März.

23. März.

23. März.

23. März.

23. März.

23. März.

23. März.

Handel * Wirtschaft * Börse

Rundschau.

Einkauf des Zentralaushusses der Reichsbank.
Berlin, 23. März. Der Zentralaushuss der Reichsbank ist für Montag, den 25. März, nachmittags 4 Uhr einberufen worden. Es handelt sich um eine der üblichen Sitzungen des Zentralaushusses.

Dividende bei der Darmstädter und Nationalbank.
Berlin, 23. März. Der Aufsichtsrat der Darmstädter und Nationalbank beschloß, der Generalversammlung vorzuschlagen, von dem sich einschließlich des Vorjahres ergebenden Reingewinn von 20.957.952 Reichsmark eine Dividende von 12 Proz. (i. H. 10 Proz.) zu verteilen, dem Restgewinn für Reserve 10 Millionen Reichsmark zuzuführen und 2.277.952 Reichsmark auf neue Rechnung vorzutragen. Die Aktienbesitzer erhalten damit auf 50 Millionen Aktien und Reserven auf 110 Millionen Reichsmark.

Der Baumwollterminmarkt.

Bremen, 22. März.
Die Stimmung auf dem Baumwollterminmarkt war nach dem Bericht der Fa. Gerdung u. Co. Baumwollterminmarkt am Anfang der vergangenen Woche infolge der Liquidationen der Baumwollterminmarkt schwach. Das Geschäft, das die Ankaufslücke für Baumwolle in der nächsten Saison nur in geringem Maße eingeengt werden würde, übte vor allem einen tendenzdrückenden Einfluss aus. Aber auch bei dieser Tendenz zeigte der Markt keine Zerstreuung, sondern schied sich in die Kasse wieder erhoben und die übrigen Tage blieb es bei einem fälligen und schließlichen Ein und Her der Stimmung und Auf und Ab der Preise.

Die Nachfrage war in der letzten Zeit in Deutschland und England nicht mehr die gleiche, wie sie vor einigen Wochen sehr lebhaft war, und bedarf ansehender einer neuen Anregung. In Frankreich und Italien hat die Textilindustrie unter den Folgen der Inflation zu leiden. Die indische und chinesische Ernte soll kleiner ausfallen, als erwartet, und es dürften mit auf diesen Umständen die bisherigen größeren Käufe Indiens von amerikanischer Baumwolle und auch selbst Chinas zurückzuführen sein.

Der letzte Wochenbericht des Wetterbüros aus Washington vom 16. cr. lautet: folgenreichen: Viel Unterbrechung der Feldarbeit infolge Regen und kalten Windes wird aus dem Baumwollgebiet gemeldet; wenn-

Bremen: Baumwolle.

	22. 3.	23. 3.
Januar 1928	15,00	15,00
Februar	15,00	15,00
März	15,00	15,00
April	15,00	15,00
Mai	15,00	15,00
Juni	15,00	15,00
Juli	15,00	15,00
August	15,00	15,00
September	15,00	15,00
Oktober	15,00	15,00
November	15,00	15,00
Dezember	15,00	15,00
Tendenz: ruhig		

Liverpool: Baumwolle.

	22. 3.	23. 3.
Januar 1928	15,00	15,00
Februar	15,00	15,00
März	15,00	15,00
April	15,00	15,00
Mai	15,00	15,00
Juni	15,00	15,00
Juli	15,00	15,00
August	15,00	15,00
September	15,00	15,00
Oktober	15,00	15,00
November	15,00	15,00
Dezember	15,00	15,00
Tendenz: stetig		

Liverpool: Ostindische Baumwolle.

	22. 3.	23. 3.
Januar 1928	15,00	15,00
Februar	15,00	15,00
März	15,00	15,00
April	15,00	15,00
Mai	15,00	15,00
Juni	15,00	15,00
Juli	15,00	15,00
August	15,00	15,00
September	15,00	15,00
Oktober	15,00	15,00
November	15,00	15,00
Dezember	15,00	15,00
Tendenz: stetig		

New-York: Baumwolle.

	22. 3.	23. 3.
Januar 1928	15,00	15,00
Februar	15,00	15,00
März	15,00	15,00
April	15,00	15,00
Mai	15,00	15,00
Juni	15,00	15,00
Juli	15,00	15,00
August	15,00	15,00
September	15,00	15,00
Oktober	15,00	15,00
November	15,00	15,00
Dezember	15,00	15,00
Tendenz: stetig		

CHICAGO: Terminpreise.

	22. 3.	23. 3.
Januar 1928	15,00	15,00
Februar	15,00	15,00
März	15,00	15,00
April	15,00	15,00
Mai	15,00	15,00
Juni	15,00	15,00
Juli	15,00	15,00
August	15,00	15,00
September	15,00	15,00
Oktober	15,00	15,00
November	15,00	15,00
Dezember	15,00	15,00
Tendenz: stetig		

CHICAGO: Locopreise.

	22. 3.	23. 3.
Januar 1928	15,00	15,00
Februar	15,00	15,00
März	15,00	15,00
April	15,00	15,00
Mai	15,00	15,00
Juni	15,00	15,00
Juli	15,00	15,00
August	15,00	15,00
September	15,00	15,00
Oktober	15,00	15,00
November	15,00	15,00
Dezember	15,00	15,00
Tendenz: stetig		

NEW YORK: Terminpreise.

	22. 3.	23. 3.
Januar 1928	15,00	15,00
Februar	15,00	15,00
März	15,00	15,00
April	15,00	15,00
Mai	15,00	15,00
Juni	15,00	15,00
Juli	15,00	15,00
August	15,00	15,00
September	15,00	15,00
Oktober	15,00	15,00
November	15,00	15,00
Dezember	15,00	15,00
Tendenz: stetig		

NEW YORK: Locopreise.

	22. 3.	23. 3.
Januar 1928	15,00	15,00
Februar	15,00	15,00
März	15,00	15,00
April	15,00	15,00
Mai	15,00	15,00
Juni	15,00	15,00
Juli	15,00	15,00
August	15,00	15,00
September	15,00	15,00
Oktober	15,00	15,00
November	15,00	15,00
Dezember	15,00	15,00
Tendenz: stetig		

BERLIN: Terminpreise.

	22. 3.	23. 3.
Januar 1928	15,00	15,00
Februar	15,00	15,00
März	15,00	15,00
April	15,00	15,00
Mai	15,00	15,00
Juni	15,00	15,00
Juli	15,00	15,00
August	15,00	15,00
September	15,00	15,00
Oktober	15,00	15,00
November	15,00	15,00
Dezember	15,00	15,00
Tendenz: stetig		

BERLIN: Locopreise.

	22. 3.	23. 3.
Januar 1928	15,00	15,00
Februar	15,00	15,00
März	15,00	15,00
April	15,00	15,00
Mai	15,00	15,00
Juni	15,00	15,00
Juli	15,00	15,00
August	15,00	15,00
September	15,00	15,00
Oktober	15,00	15,00
November	15,00	15,00
Dezember	15,00	15,00
Tendenz: stetig		

BERLIN: Terminpreise.

	22. 3.	23. 3.
Januar 1928	15,00	15,00
Februar	15,00	15,00
März	15,00	15,00
April	15,00	15,00
Mai	15,00	15,00
Juni	15,00	15,00
Juli	15,00	15,00
August	15,00	15,00
September	15,00	15,00
Oktober	15,00	15,00
November	15,00	15,00
Dezember	15,00	15,00
Tendenz: stetig		

BERLIN: Locopreise.

	22. 3.	23. 3.
Januar 1928	15,00	15,00
Februar	15,00	15,00
März	15,00	15,00
April	15,00	15,00
Mai	15,00	15,00
Juni	15,00	15,00
Juli	15,00	15,00
August	15,00	15,00
September	15,00	15,00
Oktober	15,00	15,00
November	15,00	15,00
Dezember	15,00	15,00
Tendenz: stetig		

gleich in den nordwestlichen Teilen sowie in den mehr östlich gelegenen Bezirken die Vorbereitungen für die Ausfuhr in beträchtlichem Umfang durchgeführt wurden. Einige weitere Frachten wurden in Florida und in Texas beplant, doch ist in letzterem Staat erst wenig geerntet worden. In den übrigen Staaten ist die Ernte noch im Gange. Eine große Ueberflutung brachte gestern nachmittag der Bericht des Zentralaushusses über die Gesamternte von nur 17.688.000 Ballen, nach dessen Bekanntgabe die Kurse sofort sprunghaft ca. 1/2 Cent anstiegen. Die dann aber einsetzenden Realisierungen verursachten ein leichtes Absinken der Kurse. Bei dieser Lage muß berücksichtigt werden, daß die Ballen in der nächsten Saison ein höheres Gewicht haben, als sonst. Auf die Basis des Ballens von 500 Lbs. abgerechnet, würden wir eine Entförmungszahl von 17.910.000 Ballen erhalten, eine Zahl, die nicht allzuweit von den Vorsehungen entfernt ist.

Nach den heute von unseren Freunden aus New York eingegangenen Nachrichten erscheint es uns fraglich, ob die Kaufkraft in härtester Weise durch die Entförmungszahlen angesetzt werden wird. Für den Augenblick ist wohl der größte Bedarf des Kaufkrafts gedeckt. Die letzten Preise dürften nur in dem Maße eine Anregung bieten, wenn die Nachrichten über die Entförmung der neuen Ernte schlechter lauten. In der nächsten Zeit werden wir also nach unserer Ansicht einen Preisrückgang bekommen, der schwankende Preise wahrscheinlich macht.

Bei der Reizung der Amerikaner aber, die Weltmarkt nach der schlechten Zeit in gehöriger Weise überleben, erscheinen uns Käufe in schwachen Märkten als Gewinnbringend.

Abrechnungspreise Montag, den 21. März 1927.
1. März: 14,72, 2. März: 14,82, 3. März: 15,03, 4. März: 15,20, 5. März: 15,32, 6. März: 15,31. Tendenz: stetig.

Märkte.
Dortmunder Viehmarkt.
Dortmund, 23. März. Zum heutigen Nacht- und Viehmarkt wurden aufgetrieben: 773 Strohschweine, 200 Kälber, 1 Stroh. Der Handel verlief sehr ruhig. Die Preise für Strohschweine lagen zwischen 200 und 250 Mark. Für Kälber zwischen 100 und 150 Mark. Für Stroh zwischen 100 und 150 Mark.

Berliner Viehmarkt.
Berlin, 23. März. Die wiederum schwächeren Auslandsmärkte und die Ermäßigung der Schweinepreise hatten hier erneut ein Nachgeben der Preiselieferungen.

Die Verschuldung der deutschen Wirtschaft.
3,76 Milliarden ausländische Anleihen. — Tilgung und Zinsen in zwei Jahren 1/2 Milliarde. — Der Anteil privater Unternehmungen. — Der deutsche Kapitalbedarf befriedigt.

In welchem Maße sich die deutsche Wirtschaft nach der Stabilisierung der Mark auf den Auslandsmarkt hat, zeigt die neue Zusammenfassung der deutschen Anleihen im Ausland, die 1924/25 aufgenommen wurden. Danach sind 3,76 Milliarden aufgenommen worden. Davon sind 3,76 Milliarden aufgenommen worden. Davon sind 3,76 Milliarden aufgenommen worden.

Die Anleihefähigkeit in den Jahren 1924/25 zeigt eine dauernde Steigerung bis zu dem Höchstbetrage des Jahres 1925 mit 1,57 Milliarden. Dies ist ein Betrag, der um 276 Millionen höher als der des Jahres 1924 und 515 Millionen höher als der des Jahres 1923 ist. Aber wenn man die einzelnen Vierteljahre betrachtet, so brachte nicht das Jahr 1926 die höchste Anleihefähigkeit, sondern das vierte Vierteljahr 1925 führte das meiste Kapital in den verfügbaren Jahren herbei, nämlich 637,58 Millionen.

Nach im Jahre 1924 war die Anleihefähigkeit im Ausland aus schließlich auf Reich, Länder, Provinzen und Städte beschränkt, nämlich die Bundesanleihe, die einen so großen Erfolg hatte, führte dazu, daß außerordentlich viel Kapital nach Deutschland floß. Im Jahre 1924 waren außer dem Reich, den Ländern, Provinzen und Städten, die 95,3 % aller Auslandsanleihen lieferten, nur die Privatunternehmungen mit 4,2 Millionen Anleihen beteiligt. Die privaten Unternehmungen lieferten die Hauptmasse der Anleihen im Ausland, nämlich 1925 46,7 %, aller Gelder, 1926 45,9 %, im Summe ausgedrückt 579,18 Millionen, 1926 605,72 Millionen.

In den Jahren 1924/25 nahmen insgesamt auf: Reich, Länder, Provinzen, Städte 1,783,35 Mill., 47,4 % der gesamten ausländischen Kapitalien, die 1925 55,69 Mill., 1,5 %, öffentliche Unternehmungen 603,96 = 16,1 %, Privatunternehmungen und Grundbesitz 1,317 Millionen = 35 %.

Welchem Lande haben wir uns nun am meisten verschuldet? Nach der gesamten Wirtschaftslage der Mächte kommt nur ein Staat in Frage, nämlich Amerika. Tatsächlich ist von dort der größte Kapitalzufluß auf Deutschland im Jahre 1924/25 2,504,03 Millionen = 66,6 % der gesamten Auslandsanleihe. Die höchste Summe führte das Jahr 1926 nach Deutschland, als in Amerika für 1,077,3 Millionen Mark Anleihen aufgenommen wurden. Aber auch 1925 steht nicht weit dahinter, nämlich 922,95 Millionen. Als zweiter großer Geldgeber trat England auf, wo namentlich 1924 die höchsten Anleihen aufgenommen wurden. Im ganzen ist 502,44 Millionen

preise um 1 bis 1 1/2 Mark zur Folge. Auch das weitere schließende Mehlgeschäft ist für die Kursteilnehmer beunruhigend. Märzweizen vermehrte um 2 Mark im Preise anziehend, das Mehlkontraktgeschäft aber hat sich in der Richtung der Anziehungen ausgedehnt. Weizenkontrakt April-Mai-Weizen lag in den Offerten auch heute wieder nicht unerheblich ermäßigt und daraufhin stellte sich hier die Nachfrage um 2 1/2 Mark billiger. Vorherige Preise vermehrte sich vorwiegend auf im Preise zu behaupten, wofür soviel das Fehlen von Andienungen, als auch das niedrige Auslandsanforderungen liegende Preisniveau maßgebend sind. Das Inlandsangebot ist in beiden Monaten ebenfalls gering. Weizen- und Roggenmehl sind in Konsum um weitere 25 Proz. pro Tag ermäßigt, der Hafer ist in den Offerten für die höchsten Käufer zu hoch gehalten und auch Gerste hat sehr kleinen

Amli. Produktenerzeugnisse in Berlin am 23. März 1927.
(Für Getreide je 1000 kg. für die übrigen Artikel je 100 kg.)

	22. 3.	23. 3.		27. 3.	28. 3.
Weizen	266,60	266,60	Weizenmehl	34 ¹ / ₂ - 36 ¹ / ₂	34 ¹ / ₂ - 36 ¹ / ₂
„ Okt.	267 ¹ / ₂	269 ¹ / ₂	„ still	33	33
„ März	268 ¹ / ₂	269 ¹ / ₂	„ still	35	35
„ Juli	263	270	Tendenz	matt	matt
Tendenz	ruhig	matt	Weizenklein	19 ¹ / ₂	19 ¹ / ₂
Gerst. nördl.	244-246	244-46	Tendenz	still	still
„ Okt.	242 ¹ / ₂	250 ¹ / ₂	„ still	15	15
„ März	244 ¹ / ₂	252 ¹ / ₂	„ still	15	15
„ Juli	246,45 ¹ / ₂	244 ¹ / ₂	Roggenklein	—	—
Tendenz	matt	matt	Roggen	—	—
„ Okt.	244	244	Tendenz:	—	—
„ März	214-42	214-42	Leinwand	42-50	42-50
„ Juli	192-205	192-205	Viktorialeerbsen	40-37	30-32
Tendenz	still	still	Al. Speisererbsen	22-23	22-23
„ Okt.	190-205	192-205	Futtererbsen	22-23	22-23
„ März	190-205	192-205	Porckchen	22-23	22-23
„ Juli	210	210	Ackerbohnen	22-24	22-24
Tendenz:	ruhig	still	Wicken	22-24	22-24
„ wagnen-	178-180	178-180	Lupin., blaue	13 ¹ / ₂ - 14 ¹ / ₂	13 ¹ / ₂ - 14 ¹ / ₂
„ frei ab	178-180	178-180	„ 15	15	15
Berlin	178-180	178-180	Sardella, alt	21 ¹ / ₂ - 24	21 ¹ / ₂ - 24
			Rapunkchen	15-15, 15-17	15-15, 15-17
			Leinwand	20,5-21	20,5-21
			Trockenschin	11,9-12,1	11,9-12,1
			Seischrot	18,1-18,4	18,1-18,4
			Terminale	20,5-20,5	20,5-20,5
			Kartoffelst.	20,5-20,5	20,5-20,5

